

# ***IPAHB* übergibt 6000 Postkarten an Bezirksbürgermeister Köhne**


☒ Gestern hat die *Interessengemeinschaft der Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V.* 6000 Protest-Postkarten von Bürgern an den Pankower SPD-Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (links auf dem Foto bei der Annahme des Dankgeschenks von Imam Abdul Tariq im Rahmen der Grundsteinlegung zum Bau der Ahmadiyya-Moschee) übergeben, um deren Protest gegen den Bau der Moschee in Pankow-Heinersdorf zum Ausdruck zu bringen.

Mit großem Widerwillen und kaum fähig, eine einzige Frage der aufgebrachtten Bürger zu beantworten, nahm Köhne die Postkarten entgegen, blieb aber unbeirrt bei seinen Aussagen: „Bürger, die gegen eine Moschee sind, verstoßen gegen das Grundgesetz.“ Angesprochen auf seine Unterstellungen, die *ipahb* würde Lügen betreff des Datums der Baugenehmigung verbreiten, wurde er recht einsilbig und kleinlaut, als er mit einer Kopie der Baugenehmigung konfrontiert wurde und auf dieser ganz eindeutig zu lesen war, dass das Datum den Angaben der *ipahb* entspricht. Das Bezirksamt Pankow hatte an die Presse und die Öffentlichkeit das Erteilungsdatum 22.12.06 weitergeleitet. Die Akteneinsicht des Anwalts der *ipahb* ergab, dass das tatsächliche Datum der Erteilung bereits der 11. Dezember 2006 war und es somit aus taktischen Gründen bis kurz vor Weihnachten geheim gehalten wurde. Ein weiteres Mal wurden also die Bürgerinnen und Bürger von Pankower Politikern belogen.

Hier das Video (leider sehr schlechte Qualität) der Übergabe der 6000 Postkarten an Pankows Bezirksbürgermeister Matthias Köhne:

Erklärung zur schlechten Qualität des Videos: Die *ipahb* hatte

eine Drehgenehmigung der Center-Leitung der „Schönhauser-Allee-Arcaden“, die sie an ein Team der ARD/RBB, das anwesend war, abtreten wollten. Doch die Erlaubnis wurde durch Intervention von Matthias Köhne bei der Center-Leitung widerrufen. Bedauerlich, dass es „Volksvertreter“ gibt, die ein Problem damit zu haben scheinen, bei Ihrer öffentlichen Tätigkeit gefilmt zu werden. Unserer Auffassung nach gehört es auch zu den Dienstpflichten eines Bürgermeisters, sich mit Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die politisch andere Meinungen vertreten. Da selbst das Sende-Team des RBB/ARD unverrichteter Dinge wieder abziehen musste, blieben nur Handy-Aufnahmen...

»  an Bezirksbürgermeister Matthias Köhne